



„Wir wollen für das Land arbeiten!“

August **WÖGINGER** | Klubobmann der Neuen Volkspartei

6. Juni 2019

Nach dem Ibiza-Video war klar: **Genug ist genug!**

- Die Ideen des Machtmissbrauchs, der angedachte Umgang mit unserem Steuergeld (Stichwort: Trinkwasser-Privatisierung) und das Verständnis gegenüber der Medienlandschaft in unserem Land sind verwerflich.
- Das widerliche Rattengedicht und die Überschneidungen mit den Identitären sind abzulehnen.
- Das entspricht absolut nicht unserem politischen Zugang, der Republik und den Menschen in unserem Land zu dienen.
- Nachdem Herbert Kickl zu Zeiten des Entstehens des FPÖ-Skandalvideos Generalsekretär war, war klar, dass er nicht Innenminister bleiben konnte. Die ÖVP hat die Einsetzung eines unabhängigen Innenministers gefordert. Dazu war die FPÖ nicht bereit.
- Deshalb hat Sebastian Kurz dem Bundespräsidenten auch die Entlassung von Herbert Kickl vorgeschlagen. Jetzt braucht es bei den Eklats rund um die FPÖ volle Transparenz.

Die inhaltliche Arbeit unserer Koalition mit der FPÖ **war erfolgreich!**

- Wir sind vor zwei Jahren angetreten, um nach Jahrelangem Stillstand etwas zu verändern.
- Am 15. Oktober 2017 haben die Wählerinnen und Wähler die Veränderung gewählt.
- Die FPÖ war die einzige Partei, die für eine Zusammenarbeit bereitgestanden ist.
- Wenn wir auf die inhaltliche Arbeit der letzten zwei Jahre zurückblicken, dann sieht man, dass wir genau das, was wir im Wahlkampf versprochen haben, auch in der Regierungsarbeit umsetzen konnten.
- Wir haben es geschafft,
die Schuldenpolitik zu beenden,
die Steuerlast für arbeitende Menschen deutlich zu senken (z.B.: Familienbonus, Senkung ALV-Beitrag)
und die illegale Migration nach Österreich massiv zu reduzieren.

Unser Ziel ist klar: **Wir wollen für dieses Land arbeiten.**

Mit unserem politischen Kurs, aber ohne Einzelfälle, Zwischenfälle und sonstige Skandale.

Nur wenn die Volkspartei nach den Wahlen so stark ist, dass wir eindeutig den Ton angeben, kann unser Kurs der Veränderung konsequent fortgesetzt werden.

Wir brauchen daher bei der nächsten Wahl klare Verhältnisse und einen klaren Wahlauftrag.

Wer Sebastian Kurz wieder als Bundeskanzler will, muss ihn und die Volkspartei auch wählen.



Der Misstrauensantrag der SPÖ-FPÖ-Allianz war parteipolitisches Kalkül!

- Sebastian Kurz hat immer in Abstimmung mit dem Bundespräsidenten gehandelt und sich in mehreren Telefonaten und Treffen mit der Opposition über die kommenden Schritte ausgetauscht.
- Er hatte weitreichende Angebote an die anderen Parteien gemacht:
Transparenz durch Teilnahme am Ministerrat,
keine Inserate,
volle Aufklärung durch Ressourcen in Justiz und Polizei, sowie eine Task-Force im BMVIT,
und keine politischen Entscheidungen der Regierung, nur notwendiges zur Aufrechterhaltung des Status Quo.
- Es gibt keine vernünftige Erklärung, warum SP und FP die gesamte Regierung abgewählt haben.
Die SPÖ traf am Abend ihrer historischen Wahlniederlage bei der EU-Wahl die Entscheidung dazu.
Es gibt keine sachliche Begründung, warum die ganze Regierung gehen musste.
LH Doskozil hat selbst in Zeitungsinterviews bestätigt, dass für die SPÖ parteitaktische Gründe ausschlaggebend waren.

Im Parlament hat Rot-Blau bestimmt, im September wird das Volk entscheiden.

- Unzählige Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung den Regierungssturz nicht positiv sieht.
- SPÖ-FPÖ-Allianz plant schon die nächsten parteitaktischen Schritte und will den Wahltermin so spät wie möglich (voraussichtlich 29.September) festsetzen. Auch das ist nicht im Sinne der Bevölkerung.
- Sogar Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die neue Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein haben sich für einen möglichst frühen Wahltermin im September ausgesprochen.